

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 57 (1977-1978)
Heft: 9

Artikel: Die Schweiz und die Bolschewistische Revolution
Autor: Senn, Alfred Erich
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-163332>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Schweiz und die Bolschewistische Revolution

Die Sowjetunion feiert den 60. Jahrestag der «Grossen Oktoberrevolution». Am 25. Oktober 1917 nach dem zu jener Zeit in Russland geltenden Julianischen Kalender, dem 7. November nach dem westlichen Gregorianischen, übernahm die Partei der Bolschewiki unter Führung von Wladimir Iljitsch Lenin in Petrograd, der damaligen Hauptstadt des Russischen Reiches, die Macht und begann mit der Verwirklichung einer sozialen Revolution, die das Dasein praktisch aller heute lebenden Menschen beeinflusst hat.

Manche führenden Persönlichkeiten Sowjetrusslands nach 1917 konnten auf Asylzeiten in der Schweiz zurückblicken. Es war Tradition in der Eidgenossenschaft, politischen Flüchtlingen aus anderen Ländern Zuflucht zu bieten, und Russen waren vor dem Ersten Weltkrieg in grösserer Zahl gekommen. Ihre Beziehungen zu den schweizerischen Behörden waren nicht immer die freundlichsten gewesen, doch die meisten dachten sogar mit einem gewissen Heimweh daran zurück, wie sie von den liberalen und radikalen Gruppen in diesem Lande aufgenommen worden waren. In der Schweiz hatten sich Sozialisten aus allen Teilen Europas getroffen.

Solche Gastfreundschaft gegenüber politischen Flüchtlingen trug der Schweiz den Ruf einer Brutstätte radikaler Bewegungen ein. 1918 schrieb ein österreichischer Diplomat: «Der Bolschewismus ist, wie sich viele erinnern, aus der Schweiz gekommen.» Zwei Jahre später nannte ein amerikanischer Diplomat unser Land das Zentrum «für alle internationalen Verschwörungen». Das zaristische Regime hatte sich häufig über die schweizerische Toleranz und Hilfe für Revolutionäre beschwert.

Die Eidgenossenschaft verknüpfte jedoch das Asylrecht mit einer Aussenpolitik der Neutralität. Dass sie politischen Flüchtlingen Obdach gewährte, bedeutete keineswegs, dass sie einen Kreuzzug gegen die zaristische Regierung guthiess. Obwohl die Schweizer eine gewisse Genugtuung empfinden mochten, wenn beispielsweise im Jahre 1905 Demonstranten dem Schweizer Konsul in Warschau zujubelten, wollte die Schweiz nicht den Flüchtlingen als Operationsbasis dienen; diese sollten sich vielmehr, während sie das schweizerische Asylrecht in Anspruch nahmen, jeder politischen Aktivität enthalten. Natürlich verletzten die Emigranten diese Vorschrift oft, genauso wie in Kriegszeiten ausländische Diplomaten immer wieder versuchten, die schweizerische Neutralitätspolitik zu umgehen.

Vor diesem Hintergrund war vielleicht zu erwarten, dass die Schweiz einige Mühe haben würde, in ihren Beziehungen zum revolutionären Russland nach 1917 zu einem neuen Gleichgewicht zu gelangen. Trotzdem ist es überraschend, sich klarzumachen, dass während nahezu der Hälfte dieser sechzig Jahre der Bundesrat die Sowjetregierung nicht anerkannt hat und dass die Beziehungen zwischen Moskau und Bern zeitweise feindselig waren. In manchen entscheidenden Augenblicken legte jede der beiden Seiten bemerkenswert wenig Verständnis für die Belange der andern an den Tag.

Als die Bolschewiki an die Macht kamen, riefen sie in Russland die Arbeiterrevolution aus und hofften, man würde ihrem Beispiel anderswo folgen. Sie lehnten jede Verantwortung für die Schulden des zaristischen Regimes ab und verstaatlichten Industrie und Handel. Für die Schweizer bedeutete das die Nichtanerkennung schweizerischer Kredite und den Verlust von Millionen Franken, die sie in die russische Wirtschaft investiert hatten. Ausserdem musste der Bundesrat sich um das Schicksal mehrerer tausend Schweizer sorgen, die noch in Russland lebten. Als daher eine bolschewistische diplomatische Mission unter der Leitung von Jan Berzin im Mai 1918 in Bern eintraf, wurde sie vom Politischen Departement empfangen und der Sowjetregierung de facto Anerkennung zugestanden.

Berzins Mission hatte indessen nicht so sehr den formellen diplomatischen Kontakt mit der schweizerischen Obrigkeit zum Zweck, als vielmehr die Ausnützung der Lage der Schweiz inmitten der kriegführenden Mächte. Über die Schweiz verständigte sie sich mit radikalen Gruppen in den Ländern der Alliierten, besonders Frankreich und Italien. Propaganda war ihre Hauptaufgabe.

Im Herbst 1918, als der Erste Weltkrieg endete, war die Schweiz von inneren Problemen so zerrissen, dass ihr eine soziale Revolution drohte. Der Bundesrat sah die Schuld an einem Grossteil der Schwierigkeiten bei der sowjetischen Mission und verfügte deren Ausweisung. Die schweizerischen Sozialisten reagierten mit der Ausrufung eines Landesgeneralstreiks; trotzdem wurden die Sowjetdiplomaten an die deutsche Grenze abgeschoben.

Für die Schweizer in Russland hatte dieses Vorgehen schwerwiegende Folgen. Die Botschaft in Petrograd hatte zwar Schwierigkeiten kommen sehen und eingesammelte Wertgegenstände der norwegischen Botschaft in sicheren Gewahrsam gegeben, aber am 19. November trug eine Bande bewaffneter Eindringlinge 21 Kisten mit einem Wert von schätzungsweise 5 Millionen Franken fort. Die Sowjetregierung gestattete den Schweizer Diplomaten erst im Februar 1919, das Land zu verlassen; im Juni jenes Jahres unternahmen Lokalbehörden eine Razzia im Botschaftsgebäude, verhafteten eine Gruppe von Schweizern, die dort zusammengekommen waren, und töteten, wie aus Meldungen hervorgeht, einen Angestellten der Mission.

In der Zeit der fehlenden diplomatischen Beziehungen vertrat die Sowjetmission beim Internationalen Roten Kreuz, angeführt von Sergej Bagotsky, die sowjetischen Interessen in der Schweiz. Bagotsky, von Haus aus Mediziner, war eine Zeitlang Lenins Arzt gewesen, seit dem Anfang des Ersten Weltkrieges aber hatte er sich um die Hilfe für russische politische Flüchtlinge in der Schweiz gekümmert. 1919 und 1920 gab der Bundesrat ihm Geld zur Verteilung an bedürftige Emigranten in unserem Land. Dafür duldeten die Bolschewiken eine Rotkreuzstelle in Russland.

Als die Sowjetregierung 1921 und 1922 allmählich Handels- und diplomatische Beziehungen mit ausländischen Mächten anknüpfte, da standen die Schweizer aufmerksam beobachtend abseits; sie selbst mochten die Initiative nicht ergreifen. Die 1921 in Russland proklamierte Neue Wirtschaftspolitik hatte den privaten Kapitalismus ein Stück weit wieder eingesetzt und hielt ausländischen Investitionen die Tür offen. Das war für die Schweizer nicht ohne Anreiz, doch die Frage nach einer Kompensierung der in der Revolution erlittenen Verluste blieb auf dem Tisch. Als indessen über die Russen eine furchtbare Hungersnot hereinbrach, steuerte die Schweiz vier Eisenbahnzüge voll Lebensmittel im Wert von über einer Million Franken zur Linderung bei.

Im Frühling 1923 sah es aus, als bewegte sich die Schweiz auf die Anerkennung der Sowjetregierung hin. Bundesrat und öffentliche Meinung unterzogen die russische Frage einer vorsichtigen Neueinschätzung. Die schweizerische Linke wog ihre ursprüngliche Begeisterung für ein sozialistisches Regime gegen ihre Besorgnis in bezug auf Geschichten über politische Repression ab, die schweizerische Rechte suchte eine Balance zwischen ihrer grundsätzlichen Abneigung gegen die Bolschewiki und ihren geschäftlichen Interessen. Im April veröffentlichte die *Neue Zürcher Zeitung* mit einer Artikelreihe über die günstigen Voraussetzungen für Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Schweiz und der Sowjetunion eine Zusammenfassung dieser Entwicklungen.

Das alles änderte sich jedoch schlagartig im Mai, als der sowjetische Delegierte an der Lausanner Konferenz, Wazlaw Worowski, von einem Russlandschweizer namens Maurice Conradi ermordet wurde. Diese Tat stürzte die schweizerisch-sowjetischen Beziehungen in einen Aufruhr, den die emotionsgeladenen Reaktionen beider Regierungen noch verstärkten. Als ein Lausanner Gericht Conradi im November freisprach, näherte sich die Situation einem Kriegszustand.

Der Bundesrat hielt daran fest, Worowski sei von der Konferenz nicht anerkannt worden und habe daher in der Schweiz keinen diplomatischen Status genossen. Er sprach Worowskis Witwe sein Beileid aus und wies nach der Gerichtsverhandlung Conradis Komplizen Arkadii Polunin aus der

Schweiz aus. Damit betrachtete er seine Verpflichtungen in diesem Fall als erfüllt; der Sowjetregierung zu kondolieren, wurde nie ernsthaft in Erwägung gezogen.

Die Sowjetregierung dagegen war um die Sicherheit ihrer Diplomaten besorgt und beschuldigte die Schweiz, sie hätte es versäumt, Worowski angemessenen Schutz zu gewähren, obwohl er zuvor bedroht worden war. Sie nahm dem Bundesrat die ausgebliebene offizielle Beileidsbezeugung übel und war über Conradis Freispruch erbost.

Schon vor dem Conradi-Prozess hatte die sowjetische Regierung einen Wirtschaftsboykott gegen die Schweiz angedroht. Am 16. Mai klagte der Volkskommissar des Äusseren, G. W. Tschitscherin, den Bundesrat «der stillschweigenden Duldung eines der schwersten Verbrechen – der Ermordung eines bevollmächtigten Vertreters einer anderen Regierung» an, obwohl er zugab, nicht alle Einzelheiten zu kennen. In einer späteren Note warf er dem Bundesrat «moralische Mitschuld an diesem Verbrechen» vor. Über solche Anschuldigungen war der Bundesrat natürlich verärgert, und demzufolge gab es etliche Jahre lang keine formellen Kontakte mehr zwischen Bern und Moskau.

Die Lage hätte noch länger so bleiben können, wäre die Schweiz nicht Sitz des Völkerbundes gewesen. (In Anbetracht der Umstände berief die Sowjetregierung trotz des angekündigten Boykotts Bagotsky nicht ab.) Unter dem Druck westlicher Regierungen und zuständiger Stellen des Völkerbunds, die sowjetische Teilnahme an gewissen Tagungen in Genf zu erleichtern, nahmen die Schweizer Verhandlungen auf mit dem Ziel, den Streit beizulegen; aber es war ein dornenvoller Weg.

Die Sowjetregierung bestand darauf, dass der Bundesrat sein Beileid für den Mord und sein Bedauern über Conradis Freisprechung ausdrücke; ferner verlangte sie eine Entschädigung an Worowskis Tochter. Der Bundesrat wies die Unterstellung zurück, für den Tod Worowskis mitverantwortlich zu sein, und weigerte sich, über den Entscheid eines kantonalen Gerichts zu diskutieren. Ausserdem forderten die Schweizer, dass die Sowjetregierung Tschitscherins Anschuldigungen zurücknehme; eine allfällige Entschädigung für Worowskis Tochter, liessen sie wissen, würde höchstens im Zusammenhang mit schweizerischen Vergütungsansprüchen für die 1918 und 1919 in Petrograd erlittenen Verluste in Erwägung gezogen.

Nach etlichen Fehlschlägen und langwierigen, zähen Verhandlungen gelangte der schweizerische Gesandte in Berlin, Hermann Rüfenacht, im April 1927 endlich zu einer Einigung mit seinem sowjetischen Gesprächspartner, N. N. Krestinsky. Der Bundesrat erklärte, «dass er diese verbrecherischen Handlungen durchaus verurteilt und sehr bedauert» und dass er bereit sei, «der Tochter des Herrn Worowski eine materielle Beihilfe zu gewähren,

deren Art und Weise» in künftigen Gesprächen betreffend «die Gesamtheit der zwischen den beiden Ländern noch zu erledigenden Fragen» zu erörtern sein werde. Dafür hob die Sowjetregierung ihren Boykott gegen die Schweiz auf. Die Übereinkunft hatte den begrenzten Zweck, die schweizerisch-sowjetischen Beziehungen wieder auf den Stand zu bringen, den sie vor dem Mord an Worowski gehabt hatten; jede Erwägung einer De-iure-Anerkennung des Sowjetregimes hatten die Schweizer verworfen.

Indem er dem Prinzip einer Entschädigung für Worowskis Tochter zugestimmt hatte, und wäre es noch so bedingt, akzeptierte der Bundesrat den Grundsatz, dass die gastgebende Regierung eine bestimmte Verantwortung für auf Besuch weilende Diplomaten und offizielle Persönlichkeiten übernimmt, welchen Status diese auch immer einnehmen mögen. Nach internationalem Recht, das keine Bestimmungen für Fehlentscheide eines Gerichts vorsieht, trug die Schweizer Regierung überdies auch eine gewisse Verantwortung am Freispruch für Conradi. Kurt Furgler schrieb in seiner Dissertation: «Wir gelangen also zum Schlusse, dass für das Verbrechen selbst die Schweiz nicht verantwortlich war, wohl aber für die Freisprechung des Täters, weil es sich dabei nach den Normen des Völkerrechts um eine Rechtsverweigerung handelte. Die Schweiz hatte ihrer Rechtsschutzpflicht zwar in präventiver, nicht aber in repressiver Hinsicht Genüge getan. Sie wurde völkerrechtlich verantwortlich für das offensichtlich ungerechte Urteil.»

Da Motta in der schweizerischen Geschichtsschreibung allgemein so geschildert wird, als habe er eine blind antikommunistische Aussenpolitik verfolgt, liegt eine gewisse Ironie darin, dass gerade er wegen dieser Rüfenacht-Krestinsky-Vereinbarung heftig kritisiert wurde. Als sowjetische Vertreter nach Genf kamen, äusserten verschiedene Teile der öffentlichen Meinung die Sorge, die Sowjetregierung könnte eine permanente Abordnung beim Völkerbund einrichten und diese würde dann als Zentrum kommunistischer Agitation dienen.

Motta war ein gläubiger Katholik und überzeugter Antikommunist, genauso wie Tschitscherin streng atheistisch und ausgesprochen antischweizerisch war. Trotzdem erklärte Motta wiederholt, die Schweiz werde wahrscheinlich formelle diplomatische Beziehungen mit Russland aufnehmen müssen. Nach J. R. von Salis äusserte er diese Ansicht sogar noch 1937. Immerhin: solange er lebte, kam es nicht dazu.

Schweizer Historiker stellen die Volksabstimmung gegen den Beitritt der Sowjetunion zum Völkerbund im Jahre 1934 als eklatantesten Ausdruck einer persönlichen Aussenpolitik von seiten Mottas hin; dabei war er in diesem wie in anderen Fällen überzeugt, den Forderungen der schweizerischen Öffentlichkeit nachzukommen. Er glaubte fest an die Wünschbarkeit

universeller Mitgliedschaft im Völkerbund, in diesem Fall aber sah er, dass die Westmächte den Bund als Instrument benutzten, um Deutschland in Schach zu halten. Er erinnerte sich auch daran, dass die Sowjetregierung den Völkerbund in den zwanziger Jahren wiederholt als Instrument der Westmächte bezeichnet hatte, und bezweifelte daher, dass ein sowjetischer Beitritt dem Weltfrieden förderlich sein würde.

Ferner befürchtete Motta, wenn die Schweiz für den sowjetischen Beitritt stimmen oder auch sich der Stimme enthalten sollte, würde dies zu einer Volksinitiative für den Rückzug aus dem Völkerbund führen. Das Schweizervolk war nach seiner Meinung über dieses Thema in zwei ziemlich gleiche Teile gespalten, und die Kampagne vor der Abstimmung war dazu angetan, neue, tiefe Wunden aufzureissen. Man darf in diesem Zusammenhang erwähnen, dass René Pilet-Golaz, Bundespräsident für 1934, und Edmond Schulthess – er galt lange als derjenige Bundesrat, der sich am meisten um eine Verbesserung der Wirtschaftsbeziehungen zur Sowjetunion bemühte – das Nein stark unterstützten.

Das negative Ergebnis der Abstimmung hatte im Grunde wenig Auswirkung auf die schweizerisch-sowjetischen Beziehungen. Die schweizerische Regierung arbeitete in der Frage der Zulassung sowjetischer Diplomaten nach Genf mit Völkerbundsverantwortlichen zusammen, und es wurde ein *modus vivendi* gefunden. Natürlich rügte die Sowjetregierung das schweizerische Nein, schien es indessen nicht weiter übelzunehmen. Als 1938 die Schweizer für ihre Politik der «integralen Neutralität» Anerkennung erstrebten, enthielt sich die Sowjetunion der Stimme, als die Sache vor den Völkerbundsrat kam.

Manche Schweizer Autoren, einschliesslich René de Weck und Edgar Bonjour, haben festgehalten, dass 1938 die Zeit für eine Aussöhnung mit Moskau gekommen war. Der Bundesrat indessen konnte sich noch immer nicht entschliessen, das Sowjetregime anzuerkennen. In einem Memorandum vom 5. April 1939 warnte das Politische Departement: «Il serait évidemment impossible de rétablir des relations diplomatiques avec un des belligérants sans faire naître dans le groupe adverse des doutes sur notre volonté de neutralité absolue.» Im August beschloss der Bundesrat, wirtschaftliche Beziehungen mit der Sowjetregierung unabhängig von diplomatischen Beziehungen zu unterstützen.

Mit dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 und Hitlers Überfall auf Polen nahm die Situation eine dramatische Wende. Als im Dezember 1939 die Generalversammlung des Völkerbundes eine Resolution annahm, die den sowjetischen Krieg gegen Finnland verurteilte, enthielten sich die Schweizer im Namen ihrer Politik der integralen Neutralität selbstverständlich der Stimme, aber Motta brachte seine persönliche

Sympathie für die Sache der Finnen trotzdem klar zum Ausdruck. Die sowjetische Einverleibung der baltischen Staaten Lettland, Litauen und Estland im Jahre 1940 schürte die antisowjetischen Gefühle in der Schweiz noch mehr.

Trotzdem wandte sich der Bundesrat im Sommer und Herbst vorsichtig wieder dem Gedanken der Verbesserung wirtschaftlicher Beziehungen mit den Russen zu. Nach Mottas Tod hatte Pilet-Golaz das Politische Departement übernommen, und er war womöglich noch behutsamer als sein Vorgänger im Umgang mit Moskau. Im Dezember beschloss der Bundesrat, eine Handelsmission in die Sowjetunion zu schicken, allerdings mit der ausdrücklichen Anweisung, jeden Anschein einer diplomatischen Anerkennung zu vermeiden.

Im Februar 1941 bereiteten die Sowjetbehörden der schweizerischen Delegation einen gemischten Empfang. Sie begrüßten die Handelsgespräche, liessen aber gleichzeitig die Worowski-Affäre nicht in Vergessenheit geraten: Bei der Ankunft in Moskau wurden die Delegationsmitglieder für einen Augenblick des Gedenkens zum Worowski-Denkmal geführt. Anastas Mikoyan, der damals die sowjetische Verhandlungsgruppe leitete, stellte dann zwei Hauptbegehren: die Aufnahme einer sowjetischen Handelsmission in der Schweiz und eine schweizerische Unterstützung der sowjetischen Uhrenindustrie. Die Schweizer betrachteten eine Handelsmission mit nicht weniger argwöhnischen Augen als eine diplomatische und wiesen beide Ansinnen zurück, mussten sich aber bereitfinden, sie dem Bundesrat mitzuteilen.

Eine Handelsvereinbarung wurde am 24. Februar von beiden Seiten unterzeichnet und am 11. März vom Bundesrat gutgeheissen. Auch das hätte ein erster Schritt zu diplomatischen Beziehungen sein können – obwohl er scharfe Kritik von seiten der Westmächte auf sich gezogen hätte –, aber der deutsche Angriff gegen Russland am 22. Juni brachte neue Probleme. Hätte die Schweiz zu diesem Zeitpunkt bereits diplomatische Beziehungen zu Moskau aufgenommen gehabt, hätten die Ereignisse wahrscheinlich einen ganz anderen Verlauf genommen; so, wie die Dinge standen, war die Schweiz jetzt von jedem direkten Kontakt mit Moskau abgeschnitten.

Die Sowjetunion blickte voll Misstrauen und Hohn auf die Neutralität der Schweiz im Krieg herab. Der Bundesrat, der sich um die sowjetischen Zahlungen für in der Schweiz bestellte Waren sorgte, verfügte eine vorsorgliche Zahlungssperre und Blockierung von Vermögenswerten der UdSSR. Dagegen wehrten sich natürlich die Sowjetbehörden, und während des Krieges wuchs ihr Groll noch aus anderen Gründen: Sie kritisierten die Behandlung sowjetischer Soldaten, die aus deutschen Gefangenenlagern geflohen waren; sie ärgerten sich über Aktionen gegen sowjetische Geheimdienstoperationen in der Schweiz; sie beschwerten sich wegen der Unternehmungen

von Théodore Auberts Entente Internationale Anticomuniste, und sie kritisierten die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen der Schweiz mit dem Dritten Reich.

Nach dem sowjetischen Sieg bei Stalingrad wurde den Schweizern klar, dass die Sowjetunion den Krieg überstehen würde, und sie versuchten zaghaft, die Kontakte mit Moskau wiederzubeleben. Pilet-Golaz stellte sich diese fürs erste noch immer auf bloss wirtschaftliche Beziehungen begrenzt vor; diplomatische Beziehungen mit Moskau vor dem Ende des Krieges lehnte er als Verletzung der schweizerischen Neutralität ab. Immerhin musste auch er zugeben, dass die Sowjetunion im Nachkriegseuropa ein wichtiger Faktor sein würde. Langsam begann er der Sowjetregierung entgegenzukommen.

Mit guten Gründen betrachtete diese die neue Haltung der Schweizer als ein Ergebnis der Erfolge der Roten Armee. Der sowjetische Vertreter in London fragte sarkastisch, ob die Schweiz Russland wohl endlich anerkennen würde, wenn die Rote Armee an ihren Grenzen stünde. Moskau hatte weder für die Theorie noch für die Praxis der schweizerischen Neutralität Verständnis oder Sympathie übrig; für die Russen stand die Schweiz im gleichen Lager wie Portugal und Spanien. Im Herbst 1944 drängte Stalin die Alliierten, eine Besetzung der Schweiz in Erwägung zu ziehen.

Trotzdem machte die Schweiz mit britischer Unterstützung Moskau einen formellen Vorschlag zur Aufnahme «normaler Beziehungen». Stalin liess sich diese Gelegenheit nicht entgehen. Wenn bisher die Frage der diplomatischen Beziehungen aufgekommen war, hatte die Schweiz jedesmal etwas gehabt, was die Sowjetregierung wollte, sei es Handel, sei es Zutritt in Genf oder ein brauchbarer Horchposten für europäische Angelegenheiten. Diesmal wollten die Sowjets nichts von der Schweiz, und der Vorschlag für «normale Beziehungen» bot eine willkommene Gelegenheit, nicht nur Stalins Opposition gegen den Sitz der Vereinten Nationen in der Schweiz klarzumachen, sondern auch allen Verstimmungen der letzten beiden Jahrzehnte Ausdruck zu verleihen. Ferner ergab sich damit eine Möglichkeit zu zeigen, dass die sowjetische Stimme im Nachkriegseuropa gewichtig sein würde. Anstatt seine Antwort einfach über diplomatische Kanäle zu geben, posaunte Moskau sie über Rundfunk in die ganze Welt aus.

Die Sowjetregierung wies den schweizerischen Vorschlag energisch zurück und erteilte den Schweizern eine Lektion in ihrer eigenen Geschichte: «Es ist in der Tat eine wohlbekannte Tatsache, dass die schweizerische Regierung in Verletzung ihrer alten demokratischen Überlieferungen gegenüber der Sowjetunion, die gemeinsam mit anderen Ländern im Interesse der friedliebenden Völker gegen Hitler-Deutschland konsequent Krieg führt, viele Jahre lang eine profaschistische Politik verfolgt hat.»

Diese Antwort war ein arger Schock für Bern, das die vielen bereits von Moskau ausgesandten unfreundlichen Signale ignoriert hatte. Pilet-Golaz, schon von einer ganzen Reihe anderer Probleme bedrängt, trat zurück mit den Worten, die Schweiz brauche für die Nachkriegszeit einen anderen Außenminister. Tatsächlich sah die Rolle der Schweiz im Nachkriegseuropa sehr ungewiss aus.

Mit Max Petitpierre an der Spitze des Politischen Departements entschloss sich der Bundesrat klugerweise, erst einmal mit den Westmächten ins reine zu kommen. Im März 1945 unterzeichnete er einen Wirtschaftsvertrag mit den Alliierten, und im Sommer, nach der Niederlage Deutschlands, lud Petitpierre eine sowjetische Militärmission in die Schweiz ein, um die Angelegenheiten der nunmehr rund 10000 sowjetischen Soldaten, die hier interniert waren, zu regeln. Nachdem inzwischen feststand, dass die Vereinten Nationen sich in New York etablieren würden, schien die Sowjetregierung zugänglicher zu werden, wenn sie auch weiterhin die Schweizer bei jeder Gelegenheit kritisierte.

Die Arbeit der sowjetischen Militärmission verlief gut, und Petitpierre stellte fest, dass die Sowjetregierung einer neuerlichen Anstrengung zur Errichtung diplomatischer Beziehungen nicht mehr feindselig gegenüberstand. Er teilte den schweizerischen Diplomaten im Ausland diese Entwicklungen mit, betonte indessen, dass die Schweiz nur direkte Gespräche wünsche und bei ihren Verhandlungen mit der Sowjetunion keine Vermittlerdienste in Anspruch nehmen wolle.

Zum Durchbruch kam es in Belgrad, wo der schweizerische Botschafter in Jugoslawien, Minister Eduard Zellweger, seinen sowjetischen Kollegen aufsuchte. Im Einverständnis mit dem Bundesrat arbeitete Zellweger eine Vereinbarung aus, die am 18. März 1946 in Belgrad die Form eines Notenwechsels annahm. Der Text widerspiegelte deutlich den Wandel in den Beziehungen zwischen Moskau und Bern seit 1924–1927. Im Gegensatz zu den mühsamen Diskussionen um den Wortlaut bei den Rufenacht-Krestinsky-Gesprächen, erklärte sich der Bundesrat diesmal einverstanden, eine Entschuldigung zu formulieren. Nach anfänglicher Weigerung sprach er sein «Bedauern» aus, dass die beiden Staaten nicht schon früher diplomatische Beziehungen aufgenommen hatten, und erklärte, durch die Aufnahme der sowjetischen Militärmission habe «der schweizerische Bundesrat bekundet, dass er seine bisherige Haltung geändert habe, soweit sie gegenüber der UdSSR unfreundlich war». Daraufhin schlugen die Schweizer den Austausch von Botschaftern vor, und die Sowjets erklärten ihr Einverständnis.

Im Herbst 1946 hatten beide Seiten volle diplomatische Beziehungen aufgenommen. Die Schweiz hatte die bolschewistische Revolution endlich anerkannt, wenngleich das Belgrader Abkommen das Wort «Anerkennung»

nicht ausdrücklich enthielt. Die Sowjetregierung fand eine formelle Anerkennungserklärung nicht mehr notwendig.

Der Weg zur Anerkennung war schwierig gewesen; an etlichen Punkten hatten äussere Faktoren ihn von der geraden Linie abgedrängt: Worowskis Ermordung, der sowjetisch-finnische Krieg, der deutsche Angriff gegen Sowjetrussland. Wollte man Stellen aussuchen, wo der Weg direkter verlaufen konnte, so dürfte man meinen, die Rügenacht-Krestinsky-Vereinbarung von 1927 oder die sowjetische Stimmenthaltung im Völkerbundsrat 1938 hätten die besten Gelegenheiten dazu geboten. Man muss auch hinzufügen, dass eine offenere und entgegenkommendere Haltung des Bundesrates am Tag nach dem Mord an Worowski dem Weg eine andere Richtung gegeben hätte, aber nachdem Tschitscherin die Stellungnahme seiner Regierung in seiner Note vom 16. Mai festgelegt hatte, kam ein Kompromiss nicht in Frage.

Am Ende musste der Bundesrat die sowjetischen Bedingungen für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen akzeptieren. Angesichts der vorteilhaften Position, in der sich die Sowjetregierung zu diesem Zeitpunkt befand, können die Schweizer urteilen, dass sie gut weggekommen sind. Die Sowjets hätten leicht einen höheren Preis als bloss eine Entschuldigung fordern können; 1946 brauchte Bern nämlich Moskaus Anerkennung viel nötiger als Moskau diejenige Berns.

ANTON KRÄTTLI

Spurensicherung

Meinungen im Buch-Herbst 1977

Auf einen bestimmten Zeitpunkt bezogen, zum Beispiel nach der Buchmesse in Frankfurt, einen Überblick über vorherrschende Tendenzen und den Stand der Literatur geben zu wollen, ist sicher anfechtbar. Voreilige Wertungen und Perspektiven, die nicht das einzelne Werk, sondern den Ausschlag des Zeigers am Seismographen wahrnehmen wollen, sind mit Vorsicht aufzunehmen. Der Standpunkt und die Blickrichtung des Betrachters spielen da mit, und die unvermeidliche Beschränkung des Gesichtsfeldes, die keiner durchbricht, hat zur Folge, dass wir nicht mit Gewissheit zu sagen vermögen,